

Protokollauszug aus der 29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22.09.2011

öffentlich

Top 4 Evaluation des gesamten Systems Potsdamer Schulsozialarbeit 11/SVV/0684 zur Kenntnis genommen

Herr Leitner (START gGmbH) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Ergebnisse der Evaluation der Sozialarbeit an Potsdamer Schulen vor. Dabei betont er, dass es keine Kritik an der Qualität der Arbeit gibt. Anschließend erörtert er die einzelnen Prozessschritte und zeigt mögliche Optionen für die Weiterentwicklung auf.

Im Prozess der Evaluation wurde deutlich, dass es kein kommunales Rahmenkonzept zur Schulsozialarbeit gibt.

Auch Herr Schweers macht nochmals deutlich, dass dies keine Kritik an der Arbeit der Schulsozialarbeiter sein soll.

Da eine Verbesserung innerhalb des bisherigen Systems Potsdamer Schulsozialarbeit nicht möglich ist, wird vorgeschlagen, dass es zum Januar 2013 einen Wechsel des Systems Schulsozialarbeit gibt. Es soll bis 2020 ein gemeinsames Gesamtkonzept Jugendhilfe-Schule erarbeitet werden. Hier sollte dann auch Inklusion, GOrBiKs und Ganztagsbetreuung betrachtet werden.

Herr Förster (Paragraph 13 e.V.) macht deutlich, dass mit der Evaluation geprüft werden sollte, was verbessert werden kann. Es sollte aber auch Bewährtes beibehalten werden.

Er teilt mit, dass er den Evaluationsbericht Frau Prof. Dr. Rita Marx von der Fachhochschule Potsdam zur Prüfung übergeben hat, die diesen negativ bewertet haben soll.

Anschließend macht er deutlich, dass Schulsozialarbeit u.a. dazu beitragen kann, die Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung zu vermindern.

Herr Lindner (Käthe-Kollwitz-Oberschule) macht als Vertreter der vier evaluierten Schulen darauf aufmerksam, dass im Abschlussbericht lediglich Wahrnehmungen formuliert werden. Empirisch fundierte Aussagen sowie ein wissenschaftlicher Charakter fehlen. Er schließt sich eindeutig dem Votum der Lenkungsgruppe an und plädiert für den Ausbau der Schulsozialarbeit.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass in der heutigen Ausschusssitzung kein Votum abgegeben werden muss. Sie bittet darum, Gedanken zu äußern, die in die produktive Richtung gehen.

Herr Lücke fragt, ob es ähnliche Konzepte in anderen Städten gibt.

Herr Schweers erklärt darauf hin, dass es auch Modelle gibt, dass Jugendämter sich entscheiden, die Schulsozialarbeiter im Jugendamt anzusiedeln. Diese haben dann z.B. im Regionalteam und in der Schule ein Büro, in dem die Sprechstunden entsprechend angeboten werden.

Frau Frehse-Sevran spricht das Rahmenkonzept an, dass entwickelt werden soll und fragt, warum hier schon vorher die Schulsozialarbeit heraus genommen werden soll. Dies ist für sie nicht nachvollziehbar.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass die vorliegende Mitteilungsvorlage lediglich das Evaluationsergebnis darstellt. Anhand des vorliegenden Ergebnisses muss gesehen werden, wie

dies zukünftig gestaltet werden kann, auch im Hinblick auf die wachsenden Bedarfe. Klar muss sein, dass es zu verbindlichen Vereinbarungen kommt. Unabhängig davon, welches System entwickelt wird, muss eine Verlässlichkeit bestehen.

Sie wirbt dafür, sich den Raum zu nehmen, die Evaluationsergebnisse und die Voten zu betrachten und zu erörtern und die bestmögliche Lösung zu finden. Parallelsysteme gilt es hierbei zu verhindern, da diese nicht förderlich sind.

Herr Wollenberg gibt zu bedenken, dass eine Ausgliederung von den Schulen an die Jugendklubs erschwerte Zugangsbedingungen für Schülerinnen und Schüler bedeutet.

Herr Schweers macht deutlich, dass bereits vor drei bis vier Jahren festgestellt wurde, dass das bestehende System der Schulsozialarbeit beleuchtet und wenn möglich überarbeitet werden soll. Es soll jetzt eine Lösung gefunden werden, wie steigende Bedarfe besser bewältigt werden können.

Herr Leitner erklärt, dass er einen Evaluationsauftrag hatte, der im Dialog zu klären war. Dazu wurde ein Entscheidungskorridor vorgelegt. Es gab keinen Forschungsauftrag.

Herr Messerschmidt macht deutlich, dass es Schulen in Potsdam gibt, die keinen dringenden Bedarf haben. Aus seiner Sicht ist eine Vernetzung und die Suche nach einer Lösung sehr wichtig. Dies ist nicht allein Aufgabe der Kommune, auch im Hinblick auf die Inklusion.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass immer wieder als Problem benannt wurde, dass Schulsozialarbeit von Einzelfällen „aufgefressen“ wird.

Herr Ströber macht deutlich, dass niemand die Schulsozialarbeit abschaffen will. Er glaubt, dass hier gerade ein Rückschritt erfolgt. Er weist darauf hin, dass es zwischenzeitlich nach vielen Jahren auch Vertreter des Schulbereichs gibt, die hier mit am Tisch sitzen. Dies ist ein großer Fortschritt. Schule und Jugendhilfe müssen sich jetzt an einen Tisch setzen, Ziele definieren und überlegen, wie diese zu erreichen sind.

Er plädiert dafür, die Evaluation als Anlass zu nehmen, eine Kommission zu bilden, die sich mit dem weiteren Umgang damit befasst.

Herr Liebe weist darauf hin, dass zuerst geklärt werden muss, was gewollt ist, Schulsozialarbeit oder Sozialarbeit an Schulen. Die vorhandenen Ideen und Ressourcen müssen genutzt und vernetzt werden.

Herr Otto bittet, den bisher eingeschlagenen Weg der Erweiterung der Schulsozialarbeit weiter zu gehen. Es sollte auch über den Einsatz der Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket nachgedacht werden. Er sieht die Gefahr, dass in den Jugendklubs die Schulsozialarbeiter verschwinden.

Frau Frehse-Sevran betont, dass eine Lösung gefunden werden sollte, die für beide Seiten tragbar ist. Hier sollte der Prozess zugelassen und das Tempo heraus genommen werden.

Herr Schweers stimmt Frau Frehse-Sevran und Herrn Ströber zu. Er findet die Auseinandersetzung mit dem Thema wichtig.

Herr Liebe schlägt vor, eine Kommission/Arbeitsgruppe einzusetzen.

Frau Dr. Müller bittet, sich auch dafür Zeit zu lassen. Sie schlägt vor, dies in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu geben. Es soll eine Empfehlung erarbeitet werden, die dann im Jugendhilfeausschuss diskutiert wird. Auch dies sollte nicht unter Zeitdruck erfolgen.

Herr Ströber schlägt vor, darüber gemeinsam mit den Schulen zu beraten.

Herr Dörnbrack (Staatliches Schulamt) spricht sich für die Vorschläge von Herrn Liebe und Herrn Ströber aus und erklärt seine Bereitschaft, mitzuarbeiten. Er bittet, die Frist bis Januar 2013 herauszunehmen.